



Glaube und Politik

Predigt zu Matthäus 22, 15 – 21 am 19.10.2008

Sie erinnern sich noch an die Skandale rund um die Steuerhinterziehungen zu Beginn dieses Jahres? Die Medien enthüllten immer neue Geldtransaktionen Prominenter - vorbei am heimischen Finanzamt in Richtung Liechtenstein. Spontan bot ein Kölner Fachanwalt für Steuerrecht Betroffenen seine Dienste an. In einem Zeitungsartikel mit der Überschrift "Immer die Ruhe bewahren" (Kölner Stadt-Anzeiger vom 23/24. Februar 2008, Magazin, Seite 7) empfahl er möglichen "Betroffenen" u.a. folgende Verhaltensregeln (gekürzt):

1. Bewahren Sie Ruhe und verständigen Sie Ihren Anwalt. Machen Sie keine Aussage ohne Beistand. Vermeiden Sie Spontanäußerungen.
2. Bitten Sie den Leiter der Hausdurchsuchung, erst bei Eintreffen Ihres Beistands zu beginnen.
3. Geben Sie freiwillig keine Unterlagen heraus. Fertigen Sie im Beisein der Ermittler von wichtigen Dokumenten Kopien an.
4. Lassen Sie sich schriftlich geben, dass Sie weder mit der Durchsuchung noch mit der Beschlagnahme einverstanden sind.
5. Durchsuchungen finden in der Regel gleichzeitig in der Privatwohnung, in Geschäftsräumen sowie bei Banken und bei Geschäftspartnern statt. Informieren Sie daher Ihre Bank und Ihre Geschäftspartner.

Solche Rücksichten gab es bei der Steuereintreibung im römischen Weltreich zurzeit Jesu nun wirklich nicht. Bei geringstem Widerstand wurde der Schlagstock eingesetzt. Kein Wunder, dass in der Bevölkerung Wut und Hass das Verhältnis gegenüber den Unterdrückern bestimmte.

In einem derart vergifteten Klima verläuft auch das Streitgespräch zwischen einigen politischen und religiösen Repräsentanten mit Jesus im heutigen Evangelium. Zuerst schmeicheln sie ihm, um ihn dann in die Enge zu treiben. Steuern an die Unterdrücker, die Römer - ja oder nein? Die Antwort muss allemal die Falle zuschnappen lassen. Entweder für Rom und gegen das eigene Volk oder für das eigene Volk und gegen Rom.

Doch Jesus ist auch dieser prekären Situation gewachsen. Er durchschaut die Durchtriebenheit der Fragesteller und nimmt mit der Aufforderung "Zeigt mir die Steuermünze" die Gesprächsführung an sich. Den sie in die Enge treiben wollen, er nimmt das Geschehen in die Hand und stellt die Auseinandersetzung auf eine neue Grundlage.

Jenseits des Entweder-oder gibt es noch andere Möglichkeiten. Etwa das Sowohl-als-auch. Aber nicht als Halbe-Halbe von Gott und Kaiser, sondern mit vorrangiger Gewichtung für Gott.

Rembrandt hat diese Szene in einer berühmten Radierung aus dem Jahr 1635 richtig gedeutet: Jesus ist von Pharisäern umringt, Lichtglanz umgibt sein Haupt, die linke Hand streckt er nach unten zur Münze mit dem Bild des Kaisers, die ihm ein Pharisäer darreicht; mit der rechten Hand deutet Jesus nach oben: "Gebt Gott nun wirklich das, was Gott gehört."

Diese Antwort ist eindeutig und offen zugleich. In der Folgezeit hat sie eine variantenreiche und turbulente Wirkungsgeschichte ausgelöst. Wie ist das Verhältnis von Glaube und Politik, von Kirche und Staat im Sinne Jesu in der jeweiligen geschichtlichen Situation neu zu gestalten? Die Antwort auf diese Frage hat eine spannende und wechselvolle Geschichte durchlaufen. Bereits im Neuen Testament erkennen wir dazu unterschiedliche Akzente. So haben die Apostel nach der Auferstehung Jesu vor dem Hohen Rat eindeutig Stellung bezogen: "Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen" (Apg 5,29). Erstaunlich staatsfreundlich gibt sich Paulus im Römerbrief: "In Gottes Auftrag handeln jene, die Steuern einzuziehen haben. Gebt allen, was ihr ihnen schuldig seid" (Röm 13) Entschiedene Ablehnung erfährt der römische Machtapparat dagegen in der Offenbarung des Johannes (Offb 13), und zwar wegen erfahrener Verfolgung der Christen.

Einen der folgenreichsten Einschnitte in das Verhältnis von Christentum und Politik, Kirche und Staat bringt das Ende der Verfolgungen und die öffentliche Anerkennung des Christentums als Religion unter Kaiser Konstantin am Beginn des 4. Jahrhunderts mit sich. Wenig später wird diese Öffnung durch Privilegien zur Bevorzugung erweitert: Christen werden in Staatsämter berufen, der Klerus erhält Sonderrechte, der Kaiser lässt Kirchen erbauen. Der Sonntag, der Tag der Gläubigen zur Erinnerung und Feier der Auferstehung Christi, wird zum öffentlichen Feiertag mit allen staatlichen Schutzvorschriften und Privilegien.

Solcher Optimismus ist bald darauf in der Zeit der Völkerwanderung verflogen. Augustinus schreibt angesichts der Plünderung Roms durch die Westgoten im Jahre 410 sein großes Geschichtswerk "Vom Gottesstaat". Sein Tenor: In dieser Weltzeit bleibt das Gottesreich vermischt mit dem Irdischen wie Weizen zwischen dem Unkraut. Endgültige Scheidung bringt erst das Gericht am Ende der Zeit.

Faktisch bestimmt die enge Verbindung von kirchlichem Amt und weltlicher Macht das gesellschaftliche Leben des Mittelalters bis hin zur Französischen Revolution.

Im 20. Jahrhundert wird die Kirche in verschiedenen Ländern in ihrem Verhalten gegenüber staatlichen Autoritäten auf harte Proben gestellt: in der Zeit des Nationalsozialismus, in Ländern mit atheistisch-kommunistischen Systemen, in totalitären Diktaturen in

Lateinamerika. Die Ergebnisse sind oft sehr schwierige Gratwanderungen, manchmal auch faule Kompromisse (etwa "Kirche im Sozialismus"), oft zu wenig tapferer Widerstand. Heute leben und sterben Märtyrer des Christentums vor allem in Ländern, wo islamistische Fundamentalisten ihren "Gottesstaat" ausgerufen haben.

Benedikt XVI. hat anlässlich der Begrüßung durch den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy am 12. September dieses Jahres im Elisée-Palast hierzu Substantielles gesagt, natürlich im Hinblick auf die gegenwärtige Situation der Kirche in Frankreich:

„Viele Menschen, auch hier in Frankreich, haben ausführlich über die Beziehung zwischen Kirche und Staat nachgedacht. In Wirklichkeit hatte zum Problem der Beziehung zwischen dem politischen und religiösen Bereich bereits Christus den Grundsatz für die Findung einer gerechten Lösung geliefert, als er auf eine ihm gestellte Frage antwortete: „Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ (Mk 12,17). Gegenwärtig erfreut sich die Kirche in Frankreich einer Ordnung der Freiheit. Das Misstrauen der Vergangenheit hat sich allmählich in einen sachlichen und positiven Dialog verwandelt, der sich zunehmend festigt..... Sie, Herr Präsident, haben im Übrigen den Ausdruck der ‚positiven Laizität‘ benutzt, um dieses offenere Verständnis zu bezeichnen. Ich bin überzeugt, dass in dieser geschichtlichen Zeit, in der die Kulturen sich immer mehr verflechten, ein neues Nachdenken über den wahren Sinn und die Bedeutung der Laizität notwendig geworden ist. In der Tat ist es grundlegend, einerseits auf die Unterscheidung zwischen politischem und religiösem Bereich zu bestehen, um sowohl die Religionsfreiheit der Bürger als auch die Verantwortung des Staates, die er ihnen gegenüber hat, zu gewährleisten, und sich andererseits der unersetzlichen Funktion der Religion für die Gewissensbildung bewusst zu werden und des Beitrags, den die Religion gemeinsam mit anderen zur Bildung eines ethischen Grundkonsenses innerhalb der Gesellschaft erbringen kann.“

Freiheit der Wahl der Religion für jede und jeden einzelnen; Bedeutung des Glaubens für die Bildung eines eigenständigen und verantwortlichen Gewissens; Beitrag des Glaubens zu einem ethischen Grundkonsens in der Gesellschaft – das sind nach Benedikt die unverzichtbaren Merkmale einer positiven Zuordnung von „Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ Alle weiteren Berührungspunkte, etwa im Bildungsbereich (vom Kindergarten bis zur Uni) und im Finanzbereich (vom Einzug der Kirchensteuer bis zum Unterhalt alter Kirchen) werden in jedem Land anders, und zwar durch Verträge oder Gesetze, geregelt.